

Eröffnung Bio-Ökonomie-Tagung Ev. Akademie Villigst, NABU & VDW, Berlin 12.9.2011

Stephan Albrecht

Anrede,

ich möchte Sie alle im Namen der Evangelischen Akademie Villigst, des Naturschutzbundes Deutschland und der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler zu unserer Tagung über Möglichkeiten und Begrenzungen der sogenannten Bio-Ökonomie willkommen heißen.

Eigentlich wollten wir dieses Gespräch schon vor der Sommerpause durchführen, mussten uns dann aber den geballten Ferienterminen unterordnen. Und auch für heute hat es sich als recht schwierig herausgestellt, insbesondere Abgeordnete des Deutschen Bundestages zu gewinnen, weil wir nun gerade in eine sitzungsfreie Woche geraten sind. Umso mehr freue ich mich, dass Sie, die jetzt da sind, gekommen sind und damit Ihr Interesse an der Thematik zum Ausdruck bringen.

Nimmt man diverse Planungs- und Bewertungspapiere aus der mittlerweile doch ein wenig in Gang gekommenen, zumeist innerwissenschaftlichen Debatte zur sogenannten Bio-Ökonomie wörtlich, so spannt sich der Bogen von den Inaussichtstellungen bis zu den Kritiken und Befürchtungen beinahe so extrem wie seinerzeit in den Gründerjahren der Pflanzenbiotechnologie. Ob das ein Zufall ist, wird sich noch erweisen. Ich erwähne dies hier deshalb, weil – und das ist ein zentraler Beweggrund für uns gewesen, die heutige Tagung zu organisieren – eine große Lücke klafft zwischen den programmatischen Aussagen z.B. des BioÖkonomieRates (BÖR), die ja nicht weniger postulieren als eine Substitution des Erdöls als stoffliche Basis diverser großer Industriezweige durch Biomasse, und der bislang nahezu vollständig ausgebliebenen öffentlichen Erörterung dieser

grundlegenden Fragen eines Umbaus der fossil basierten Wirtschaft. Wir finden, dass nicht erneut der große Fehler gemacht werden sollte, dass nämlich Industrie, Wissenschaften und politische Administration langfristig bedeutsame gesellschaftliche Planungen einleiten, dafür finanzielle Ressourcen aufwenden und festlegen, ohne dass auch nur der Versuch gemacht worden ist, eine gesellschaftliche Verständigung über Ziele, wesentliche Maßnahmen und Strategien, einschließlich der Forschungsstrategien, anzustreben. Genau das aber ist das demokratische Gebot der Stunde, wenn wir denn irgendetwas Konstruktives aus den schiefgegangenen großen und weniger großen Innovationsprojekten der letzten 40 Jahre gelernt haben. Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zu planen und politisch-institutionell voranzutreiben – wie es die Bio-Ökonomie-Planungen als Teil der HighTech-Strategie der Bundesregierung statuieren – ohne eine ernsthafte und breite Beteiligung der Zivilgesellschaft passt eher in die Zeit von Bismarck als in das 21. Jahrhundert – jedenfalls sollte das der Anspruch sein. Wissenschaftliche Politikberatung ist heute weniger denn je ein „speaking truth to the power“, sondern eine mehrseitige Kommunikationsaufgabe, die selbstverständlich die Öffentlichkeit einbeziehen muss. Dazu werden wir heute Nachmittag u.a. von Herrn Korbun etwas hören.

Was als erstes wichtig ist, sind also nicht in Zirkeln gefertigte Antworten, sondern Zielbestimmungen und nachfolgende Fragen, wie möglicherweise gemeinsam getragene Ziele am besten erreicht werden könnten. Wir möchten mit unserer Tagung einen Beitrag dazu leisten, einen derartigen öffentlichen kommunikativen Prozess in Gang zu setzen.

BioÖkonomie 2030, der BÖR und andere Beteiligte, die sich für eine biomassebasierte Industrie stark machen, agieren materiell und politisch nicht in einem luftleeren und geschichtslosen Raum. Alle Debatten zur sog. Bio-Ökonomie nehmen Bezug zu vorangegangenen und laufenden

gesellschaftlichen Diskursen. Es mag Sie wundern, dass ich von der ‚sogenannten‘ Bio-Ökonomie spreche. Ich möchte damit eine Distanz zu der verbalen Inbesitznahme des Präfixes ‚Bio‘ ausdrücken. Üblicherweise wird mit diesem Präfix etwas bezeichnet, das sich in natürliche Zusammenhänge und Kreisläufe einordnet. Was an den Programmen und Vorhaben der Bio-Ökonomie-Planungen in Deutschland diesen Kriterien genügen kann, ist eine für mich noch gar nicht beantwortete Frage.

Die Diskussionen um die Bio-Ökonomie-Planungen stehen wie gesagt in einem Kontext anderer Auseinandersetzungen. Zentral sind hier die Debatten um

- Pflanzentreibstoffe,
- Landwirtschaftspolitik, insbesondere der OECD-Länder,
- Klimaveränderungen und -politik,
- Pflanzenbiotechnologie,
- Welthunger & Sicherung der Welternährung,
- Entwicklungspolitik, insbesondere die Millenniumsziele (MDG) sowie die Rolle von Wissenschaften & Technologien und last, not least
- ausländische und kommerzielle Investitionen in fruchtbare Ländereien in Staaten des Südens.

Zu all‘ diesen vielfach kontroversen Diskursen, d.h. politischen Konflikten, haben die Bio-Ökonomie-Planungen eine materielle und politische Verbindung. Das unterstreicht noch einmal, welche große Verständigungsaufgabe es politisch auszugestalten gibt. Das scheint mir eine wichtige Aufgabe auch für das Parlament zu sein. Reinhard Ueberhorst bemerkt dazu: „Zum gelingenden Umgang mit Konflikten gehört auch das Wissen,

dass Konflikte verfehlt werden können, weil die Identifizierung von politischen Aufgaben versäumt wurde.“¹

Wir können selbstverständlich heute nicht alle die genannten Felder bearbeiten, werden zu einigen wichtigen heute im Laufe des Vormittags Beiträge hören. Wir sind bei der Vorbereitung der Tagung davon ausgegangen, dass wir Menschen aus der Wissenschaft, wissenschaftlichen Beratungsgremien, dem Bundestag, zivilgesellschaftlichen Organisationen und auch beteiligter Wirtschaftsunternehmen ansprechen möchten. Dabei haben wir angesichts der knappen Zeit einfach unterstellt, dass grundlegende Dokumente wie z.B. die NFS 2030 oder das letzte Gutachten des BÖR bekannt sind, sodass sie hier nicht nochmals gesondert vorgestellt werden müssen.

Ich freue mich auf eine hoffentlich interessante und ergebnisreiche Diskussion und übergebe an Steffi Ober, die Moderatorin des Vormittags.

¹ Wie beliebig ist der Umgang mit politischen Konflikten im Raum der strategischen Umwelt- und Energiepolitik? in, Feindt, P.H. & T. Saretzki (Hg.): Umwelt- und Technikkonflikte, Wiesbaden 2010, S. 54-75, hier S. 61